

POLIZEI REPORT

G 6811
ISSN 0937-5333

Nr. 113 · Dez. 2012



**BEZIRKSGRUPPE SÜDHESSEN IN DER GEWERKSCHAFT DER POLIZEI,
POLIZEI-SOZIALHILFE HESSEN E.V. UND DER
PSG POLIZEI SERVICE GESELLSCHAFT MBH HESSEN**

POLIZEI REPORT

Informationen • Nachrichten • Mitteilungen
der Bezirksgruppe Südhessen
der Gewerkschaft der Polizei
und der Polizei Sozialhilfe Hessen e.V.
und der Polizei Service Gesellschaft mbH Hessen

www.gdp.de/hessen



für Südhessen mit den
Kreisen Groß-Gerau – Darmstadt – Bergstraße
Odenwald und D V/S Südhessen

Herausgeber:

PSG Polizei Service Gesellschaft mbH Hessen
Wilhelmstraße 60a, 65183 Wiesbaden
Tel.: (06 11) 9 92 27-0.
Geschäftsführer: Heinrich R. Jud, Ppa. Jörg
Bruchmüller (Landesvorsitzender GdP Hessen)

Verleger:

POLREPORT-Verlagsges. mbH für Öffentlichkeits-
arbeit, Kölner Straße 132, 57290 Neunkirchen
Geschäftsführer: H. R. Jud

Büro Frankfurt:

Seckbacher Landstraße 6, 60389 Frankfurt
Telefon (0 69) 7 89 16 52

Verantwortlich für den Anzeigenteil:

A. Jochum, St. Buschhaus

Redaktion:

GdP BZG Südhessen
Norbert Weinbach,
Antonio Pedron

Die Bezirksgruppe im Internet:

www.gdp-bzg-suedhessen.de

Druck und Verarbeitung: NK-Vertrieb GmbH, Abt.
NK-DRUCK, 57290 Neunkirchen

Erscheinungsweise: 15.3. / 15.6. / 15.9. / 01.12.
Der Bezugspreis von 2,60 ist im Mitgliedsbeitrag
enthalten. Für unverlangt eingesandte Manuskripte
wird keine Gewähr für Rücksendung oder Veröffent-
lichung übernommen. Nachdruck aller Artikel, auch
auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion
gestattet. Kürzungen der Artikel bleiben vorbehalten;
die mit Namen versehenen Beiträge stellen nicht
unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Alle Artikel
werden nach bestem Wissen, aber ohne Gewähr
veröffentlicht. Abgedruckte Beiträge gehen in das
Verfügungsrecht des Herausgebers über. Die Benut-
zung von Anschriften zu Werbezwecken ist untersagt
und wird als Verstoß gegen die gesetzlichen
Bestimmungen über unlauteren Wettbewerb (Gesetz
vom 7.6.1909) bzw. als Verletzung des Urheberrechts
(Gesetz vom 09.9.1965) strafrechtlich verfolgt. Auch
ist die Benutzung von Ausschnitten zur Anzeigen-
werbung untersagt.

Redaktionsschluß 1.2. / 1.5. / 1.8. / 1.11.
(ISSN 0937-5333)

Aus dem Inhalt

Vorwort		Was passiert mit dem 3. Polizeirevier?		Copsafterworkparty 2012	
	Seite 4		Seite 20		Seite 27
215 neue Kommissaranwärter/ innen in Hessen		Lebhafte Diskussionen beim Seniorensenar		Erste-Hilfe-Koffer für die GdP	
	Seite 7		Seite 21		Seite 30
Die Würde des Menschen ist unanantastbar		Stabwechsel bei den Senioren		Sieg für die Spvgg PD Darmstadt-Dieburg	
	Seite 7		Seite 25		Seite 29
Älteste Pensionäre 90 und 91 Jahre					
	Seite 9				
Jubiläumstorte der GdP					
	Seite 11				
Heringe und Pellkartoffeln					
	Seite 12				
"Ich hab' noch einen Koffer in Berlin"					
	Seite 13				
Bergtouren von gut elf Stunden					
	Seite 16				
Aus dem Personalrat					
	Seite 17				
"Auch nur Mensch" Jetzt als Lied - Online bei YouTube					
	Seite 17				
Rente muss zum Leben reichen					
	Seite 19				



RE/MAX®

Buschlinger Immobilien V&V GmbH

**WIR BEWERTEN FÜR SIE IHRE IMMOBILIE; ERSTELLEN
EINEN AUF IHR OBJEKT ANGEPASSTEN MARKETINGPLAN UND
SICHERN IHNEN EINE FACHKUNDIGE VERMARKTUNG ZU!**

Tätig sind wir für Sie im Bereich **Verkauf und Vermietung**
von Immobilien jeglicher Art und Größe in Bischofsheim und
umliegenden Gemeinden – inklusive Raum *Rüsselsheim,
Groß-Gerau, Mainz und Wiesbaden.*

Telefon: **06144. 33747-0**

www.remax-sb.de

Liebe Kolleginnen und Kollegen,



Antonio Pedron

das Jahr 2012 neigt sich dem Ende zu und wieder einmal fällt mir bei diesem Vorwort auf, dass das Jahr an einem vorbei gerast ist.

- | eine Afterworkparty in Darmstadt und Wiesbaden, sowie diverse Seminare angeboten
- | viele Polas-Bonusangebote organisiert
- | in Sachen Altersdiskriminierung und Dienstaltersstufen die Thematik nach vorne gebracht

Hoffen auf die Landtagswahl 2013

In Sachen DuZ und Wochenarbeitszeit befinden wir uns im Dialog. Die diesjährige PKS und die steigenden Einstellungszahlen sind ein politisches Argument, die Reduzierung der Wochenarbeitszeit gegenüber dem Wähler zu rechtfertigen. Die Landtagswahl 2013 ist eine gute Gelegenheit für die Politik, ihrer Polizei Anerkennung und Wertschätzung zu zollen. Vielleicht werden einige „Bonbons“ verteilt. Hessen belegt bei Ausstattungs- und Ausbildungsfragen im Bundesvergleich die vordersten Plätze. Insbesondere bei der Wochenarbeitszeit bildet Hessen das Schlusslicht. Es muss endlich Schluss sein, dass wir noch die einzigen in der Bundesrepublik sind mit einer 42 Stundenwoche.

Die Landtagswahl 2013 kann kommen, wir sind vorbereitet! Im Rahmen der Fürsorgepflicht ist es an der Zeit, dass man endlich neue Stellen schafft. Wir haben in einigen Bereichen viel zu viel Arbeit und die Last ist auf wenige verteilt. Die hohe Anzahl an frühzeitig verstorbenen und erkrankten Kolleg/innen könnte ein Hinweis für erhöhten „Verschleiß“ innerhalb der Polizei sein. Wenn ich die heutige Arbeitsweise im Vergleich zu den 90er-Jahren beschreiben müsste, würde ich sie als schnelllebig, oberflächlich und mehrgleisig beschreiben. Der öffentliche Dienst bietet eine gewisse Sicherheit während es sich in der freien Wirtschaft anders darstellt.

Billig-Jobber sind keine Lösung

Es ist äußerst bedenklich, wenn in den Nachrichten Negativmeldungen verkündet werden, weil ein Konzern zum Vorjahresergebnis nur drei statt vier Milliarden Euro Gewinn erzielt hat. Wenn daraufhin der Aktienkurs sinkt, komme ich mir

leicht veräppelt vor. Billig-Jobbern wie 400 EURO, Ein-EURO-Jobber, Arbeit auf Zuruf und Zeitarbeit sind Auswüchse dieser gewinnmaximierenden Gesellschaft, welche ich auf das Tiefste verurteile. Das Erzielen von Gewinn ist moralisch nicht verwerflich, aber das Ausbeuten von menschlicher Arbeitskraft. Menschen sind gezwungen zwei oder drei Arbeitsstellen aufzusuchen, um ihren Lebensunterhalt zu finanzieren. Das war in den 80er/90er-Jahren unvorstellbar. Zum Beispiel die Erweiterung der Ladenöffnungszeiten unter der Woche von 18:30 Uhr auf 20:00 Uhr und samstags von 14:00 Uhr bzw. am langen Samstag von 16:00 auf ebenfalls 20:00 Uhr, das haben viele toll gefunden. Ich frage, wie hoch war der Preis dafür? Mehrfach wurde seitens der Industrielobby versucht den „heiligen“ Sonntag aufzulockern. Die in Deutschland gesetzlich verankerte Ruhezeit von 24 Stunden innerhalb von 7 Tagen für den Arbeitnehmer sollte nach amerikanischem Modell Schule machen - 24 hours open! Dank der Gegenwehr von Kirche und DGB konnte das bisher verhindert werden.

Arbeitsbelastung steigt

Wie sieht es denn bei uns aus? Während wir im Polizeidienst für den einen Bürger arbeiten, wartet schon der nächste, dabei müssen Statistiken gefüttert, neue Einsätze geplant und ältere nachbereitet werden. Zeitgleich treffen Ersuchen anderer Behörden und Dienststellen ein, Rechtsanwaltsanfragen, Vernehmungen, TKÜ, Durchsuchungen, neue Anzeigen, Amtshilfeersuchen, Vermisstenfälle und Einweisungen, wieder eine Demonstration, diesmal nicht in Südhessen, dann eine friedliche Kundgebung und schon wieder ist Fußball-Samstag. Beiläufig wird ein Gesetz geändert oder neu geschaffen. Wer das Gesetz überwacht, ist nicht Aufgabe der Legislative, es bleibt an uns hängen. Die alljährlichen Belehrungen müssen auch noch gelesen und unterschrieben werden. Ich könnte das nun so fortführen und könnte bestimmt Seiten füllen. Ich möchte nur Jedem ver-

Erfolge der GdP

Wir haben in diesem Jahr u.a. erreicht:

- | die Beihilfe-Verordnung gekippt und somit viele Kolleginnen und Kollegen vor finanziellen Einschnitten bewahrt
- | Erschwerte Rahmenbedingungen zum Erhalt der LAK-Stunden abgewendet
- | wir haben Auszubildende nach mehrjährigen befristeten Arbeitsverhältnissen in die Festanstellung übernommen
- | für Dienstfahrzeuge Standards festgelegt, die bei künftigen Bestellungen einzuhalten sind
- | einen neuen Dienstaussweis 2013 forciert
- | im Oktober 2012 die Tarifverhandlungen aufgenommen - für die Polizei sitzt ausschließlich die GdP am Verhandlungstisch!
- | die Öffentlichkeit über die Aktion „Auch Mensch!“ Polizei im Spannungsfeld/Zunahme der Gewalt gegen Polizeibeamt/innen sensibilisiert und bei der Bundesjustizministerin mit Vehemenz eine eigene Rechtsnorm gefordert
- | u. a. das Seminar „Eigensicherung ist kein Zufall“ angeboten
- | die Erhöhung der DuZ und
- | die Reduzierung der Wochenarbeitszeit gefordert
- | über den GdP-Rechtsschutz ein Musterverfahren geführt in Sachen Reisekosten

ständig machen, dass es viel zu viel geworden ist! Ich mache kein Geheimnis daraus, dass wir Abteilungen haben bei denen es nicht so dramatisch ist. Im Bereich der Ermittler ist die Belastung genauso heftig wie im Bereich des Wechselschichtdienstes, aber zusätzlich potenziert mit der Belastung durch den Nachtdienst mit einer Vielzahl an Einsätzen. Bei 1700 Vorgängen binnen sechs Monaten, ohne Ersuchen oder Rückläufe der Justizbehörden, für eine kleine Ermittlergruppe unter neun eine gewaltige Zahl.

Der Gipfel für mich ist dann erreicht, wenn sich eine Organisationseinheit Freiräume schafft, um dem Dienstsport nachzugehen und dies vom OE-Leiter, solche Vorgesetzten gibt es tatsächlich noch, verhindert bzw. erschwert wird.

Mehr Personal notwendig

Das altbekannte Sprichwort „Jeder ist ersetzbar“ trifft heute mehr denn je zu! Es ist egal wer welche Ar-

beit verrichtet, Hauptsache es läuft. Mit weniger Personal müssen trotzdem 100 Prozent abgeliefert werden. Das ist für mich so spiegelbildlich wie eine Glühbirne, irgendwann ist sie verglüht. Selten kann sie repariert werden.

Wir müssten mehr Einstellungen haben und einige Vollzugsstellen in Verwaltungsstellen umwandeln dürfen, so dass es nicht zu Lasten der Vollzugsstellen geht. Eingeschränkt Polizeidienstdienstfähige hätten hiermit die Möglichkeit, noch innerhalb der Polizei Dienst zu versehen. Tatsächlich sieht es so aus, dass zwischenzeitlich alle möglichen Stellen durch eingeschränkt Dienstfähige besetzt sind. Jeder weitere Ausfall geht zu Lasten der Gesunden und diese Dauerbelastung führt zum Glühbirneneffekt und die eingeschränkt Dienstfähigen stehen vor einer Frühpensionierung mit allen Konsequenzen.

Ihr erkennt, wir haben viel zu tun. Ich versichere euch, dass wir als

eure Gewerkschaft alles dafür tun, damit es besser wird. Wir sind eine starke Gemeinschaft und organisieren in allen Bereichen die meisten Mitglieder. Als Beleg für euer entgegengebrachtes Vertrauen steht die Zahl 1111. Wir haben in Südhessen 1111 Mitglieder, Tendenz steigend. Das ist fast genauso viel wie manch eine andere Gewerkschaft in Hessen hat. Vielen Dank, euer Zuspruch motiviert uns immer wieder!

Ihr haltet nun den Polizei-Report Nr. 113 in der Hand. Wir freuen uns, euch mitteilen zu dürfen, dass nächstes Jahr der Polizei-Report mit einem neuen Layout in Druck gehen wird. Lasst euch überraschen!

Liebe Kolleginnen und Kollegen, vom ganzen Herzen wünsche ich euch und euren Familien ein gesegnetes Weihnachtsfest und einen guten Rutsch ins neue Jahr 2013.

Euer Antonio Pedron



SPAHNS
SCOTCHWAREHOUSE

Schottische und Irische
Whiskys

Gläser & Zubehör
Zigarren
Whisky-Marmelade
Bücher und Plakate

Holger & Manuela Spahn GbR
64807 Dieburg - Alte Mainzer Landstr. 27
06071/9899021

jeden letzten
Samstag im Monat **Whisky-Talk**

www.scotchwarehouse.de info@scotchwarehouse.de



Mitglied im Fachverband
Betonbohren und -sägen
e.V. Deutschland

Qualitätszeichen des
Fachverbandes
Betonbohren und -sägen

Arbeitssicherheitszertifikat „Sicher mit System“
1. Preis Diamond Award 2002 und 2009

braun
bohrt + rägt
beton
... mit Sicherheit!

Norbert Braun GmbH
Breitfeld 11
64839 Münster
braun@betontec.de
Tel.: 06071 / 3 30 08
Fax.: 06071 / 3 84 14



Der Vorstand der Bezirksgruppe Südhessen,
die Redaktion des Polizei-Reports Südhessen
und die Verlagsleitung wünschen
allen Mitgliedern, Lesern und Inserenten
ein harmonisches Weihnachtsfest
und ein glückliches und erfolgreiches Neues Jahr 2013.

215 neue Kommissaranwärter/innen in Hessen

Wettbewerb unter den Interessensverbänden

Am 2. September war es wieder soweit, ein neuer Bachelor-Studiengang mit 215 neuen Kolleg/innen trat seinen Dienst an. Wir freuen uns auf die Verstärkung und wünschen viel Erfolg und Spaß bei der hessischen Polizei. Staatssekretär Koch sei Dank, dass er erkannt hat, dass, wenn 200 neue Vollzugsbeamte/innen benötigt werden, die Einstellungszahl höher sein muss. Deshalb verfügte er noch im Sommer, die Zahl von 200 auf 215 zu erhöhen. Das war eine richtige Entscheidung, denn es gibt immer eine bestimmte Anzahl, die den Studiengang nicht bestehen oder vorher abbrechen (ca. 7 Prozent).

Wettbewerb der Interessensverbände

In der Berufsvertretungsstunde am 3.9.2012 stellten sich die Gewerkschaften vor (GdP, DPoIG) und die Interessensvertretung (BdK). Einen Tag später wurden die Anwärter/innen für drei Tage verschiedenen Präsidien zugewiesen, um Eindrücke aus nächster Nähe zu erleben. Hierbei konnten wir wieder erleben, dass wir als GdP tatsächlich von Kollegen (oder besser Dozenten) der HfPV schlecht gemacht werden. Man redet den Neuen bewusst ein, dass das Fachhandbuch nicht unbedingt notwendig sei. Schließlich soll sich ja das vom Dozenten erstellte Skript auch verkaufen. Weiterhin wird den Anwärter/innen empfohlen, die Leistungen gut zu prüfen. Eine unwahre Behauptungen die verbreitet wird ist, dass die GdP an der Abschaffung des Beamtentums beteiligt ist. Darüber hinaus behauptet



Zu Besuch am GdP Tisch, die Frauenbeauftragte Peggy Rienow, v.r., mit Antonio Pedron, Anke May und Reinhard Wittke. ap

man wahrheitswidrig, dass die GdP-Regressversicherung für Falschbetankungen nicht haftet. Eine Interessensvertretung macht sich lustig über unsere Postkartenaktion, insbesondere die von 2007 „Dienststellenschließung und Personalmangel“- wir sammelten über 30.000 Unterschriften, sowie die Postkartenaktion 2011 „Besoldung/Einmalzahlung“- wir sammelten innerhalb der Polizeibehörden über 10.000 Unterschriften, und übergaben diese dem Landtagspräsidenten. Ihr erinnert euch! Das muss uns erst mal einer nachmachen, bevor man uns kritisiert.

GdP ist stärkste Polizeigewerkschaft der Welt

Warum erzähle ich das? Es ist zum Beispiel eine Antwort, weshalb es innerhalb der Polizei nur eine starke und große Gewerkschaft

gibt, die sich mit ihren Leistungen und Errungenschaften sehen lassen kann. Wir scheuen keinen Vergleich. Wenn wir so schlecht wären, dann hätten wir bei Weitem nicht diesen Zuspruch. Wir organisieren bundesweit die meisten Polizeibeschäftigte (über 170.000), außerdem ist die Mehrheit der Kripoangehörigen in Hessen bei der GdP organisiert. Es ist selbstverständlich auch eine Stilfrage. Unseren neuen und polizeiun erfahrenen jungen Kolleg/innen kann man viel erzählen. Fraglich ist, welchen Eindruck das hinterlässt. Sehr erfreulich ist die Tatsache, dass knapp 70 Prozent aller Kommissar-Anwärter wieder einmal die GdP-Mitgliedschaft bevorzugten. Für das ausgesprochene Vertrauen bedanken wir uns.

Antonio Pedron

Die Würde des Menschen ist unantastbar

Im September tagte der Vorstand der Bezirksgruppe Darmstadt im Gefängnis und zwar im Fritz-Bauer-Haus in Darmstadt-Eberstadt. Eingeladen an diesen ungewöhnlichen Ort hatte unser GdP-Mitglied und Personalratsmitglied der dortigen Justizvollzugsanstalt, Günter Blitz.

Der stellvertretende Anstaltsleiter begrüßte die Vorstandsmitglieder und erklärte dabei, dass in diesem Gefängnis nur Verurteilte saßen mit einer Strafdauer von im Regelfall nicht mehr als zwei Jahren. Man habe etwa 500 Insassen. Er versicherte, dass eine gute Zusammenarbeit mit der Polizei wichtig sei und

eine kollegiale Zusammenarbeit gepflegt werde. Er hoffe, dass diese Zusammenarbeit in Zukunft sogar noch verbessert werden könne.

Günter Blitz erklärte, dass die GdP mittlerweile zweitstärkste Gewerkschaft im Fritz-Bauer-Haus sei. In der Anstalt seien 35 bis 38 Prozent Ausländer untergebracht, zäh-

le man die mit Migrationshintergrund dazu, so Detlev Daum, der die GdP durch die Unterkunft führe, kommen man auf etwa sechzig Prozent. Es gibt dort Arbeits- und Freizeiten, auch Sport wird angeboten für Gefangene und Beschäftigte des Hauses. Besichtigt wurden ein Zellentrakt und auch die Druckerei.

sperrt. Er wurde aus dem Staatsdienst entlassen und emigrierte 1936 nach Dänemark. 1943 floh er vor den Nazis nach Schweden wo er unter anderem mit Willy Brandt die Zeitschrift „Sozialistische Tribüne“ gründete.

Kampf gegen Naziverbrecher

1949 kehrte Fritz Bauer nach



Die Mitglieder des GdP-Vorstandes an der Gedenktafel für Generalstaatsanwalt Fritz Bauer. nw

Dort werden nicht nur Formulare für die öffentliche Hand gedruckt, sondern auch private Aufträge erfüllt. Dazu gehören zum Beispiel Bücher, Aktendeckel und Prospekte. Es gibt auch Arbeitsplätze in einer Schlosserei wo ebenfalls private Aufträge ausgeführt werden.

Generalstaatsanwalt Fritz Bauer

Die Justizvollzugsanstalt ist benannt nach dem im Jahr 1903 als Sohn jüdischer Eltern geborenen Fritz Bauer. Er studierte Volkswirtschaft und Jura, war politisch aktiv als Mitglied der SPD, arbeitete als Richter und Staatsanwalt und war Mitbegründer des Republikanischen Richterbundes.

Deutschland zurück und arbeitete zunächst als Landgerichtsdirektor und ab 1950 als Generalstaatsanwalt am OLG Braunschweig. 1956 kam er als Generalstaatsanwalt zurück nach Hessen und arbeitet dort bis zu seinem Tod 1968 am OLG in Frankfurt. Er gehörte zu den Menschen, die den Aufbau einer demokratischen Justiz forderten, eine Reform des Straf- und Strafvollzugsrechts und eine konsequente Verfolgung des nationalsozialistischen Unrechts.

International bekannt wurde Fritz Bauer 1952 durch den „Remer-Prozess“. Es ging darum, die Widerstandskämpfer gegen Hitler vom 20. Juli 1944 zu rehabilitieren.



Detlev Daum, links, führte die GdP-Mitglieder durch das Fritz-Bauer-Haus, hier in der Befehlsstelle. nw

Aufgrund seiner jüdischen Herkunft und wegen seiner politischen Aktivitäten wurde er 1933 für acht Monate ins das KZ Heuberg ge-

Seinem Plädoyer, dass der NS-Staat kein Rechtsstaat, sondern ein Unrechtsstaat gewesen sei, folgte das Gericht.

1960 teilte Bauer dem israelischen Geheimdienst Mossad den Aufenthaltsort des Oberrazis Adolf Eichmann in Argentinien mit. Er wandte sich an die Israelis, weil er befürchtete, dass deutsche Polizei oder Justiz Eichmann warnen könnten.

1963 führte Fritz Bauer in Frankfurt einen aufsehenerregenden Prozess gegen frühere Angehörige der SS-Besatzung des Konzentrations- und Vernichtungslagers Auschwitz.

Die Würde des Menschen ist unantastbar

Bauers Credo war der Artikel 1 des Grundgesetzes: „Die Würde des Menschen ist unantastbar“. Seine Bemühungen zur juristischen Aufarbeitung der Auschwitzverbrechen wurden im Nachkriegs-Deutschland gesellschaftlich nicht anerkannt. Die Ermittlungen Bauers gegen die Euthanasie-Schreibfischträger des Dritten Reiches wurden nach seinem plötzlichen Tod eingestellt.



Das Gefühl, eingesperrt zu sein, erlebten die Vorstandmitglieder am Stacheldrahtzaun des Gefängnisses. nw

Fritz Bauer gehörte 1961 zu den Mitbegründern der Bürgerrechtsorganisation „Humanistische Union“. Das 1995 gegründete Fritz-Bauer-Institut befasst sich mit der Geschichte des Holocausts. nw



Älteste Pensionäre 90 und 91 Jahre

Paul Dotzert und Walter Faure beim Treffen der südhessischen Pensionäre



Polizeivizepräsident Uwe Brunnengräber, rechts, begrüßte die Pensionäre. nw

Man könnte fast schon von einer Tradition sprechen, wenn die Rede ist vom Treffen der Pensionäre des Polizeipräsidiums Südhessen. Gemeint sind damit natürlich Frauen und Männer, Pensionärinnen, Pensionäre, Rentnerinnen und Rentner. Sie hatten sich Ende August auf Einladung von Polizeipräsident Gosbert Dölger, seit einigen Monaten als Chef zum HLKA versetzt, und seinem Vertreter, Vizepräsident Uwe Brunnengräber. Der begrüßte die mehr als 100 Ruheständler in und rund um die Werkstatt des PP Südhessen. Es sei sicher schön, sich einmal wieder zu sehen. Da könnten alte Erinnerungen aufgefrischt werden und man könne sich im Gespräch mit aktiven Kolleg/innen auf den neuesten Stand bringen. Er ent-

lobte die Männer und Frauen, die diese Aufgaben bewältigt hatten und stellte sie den Anwesenden vor. Als kleine Anerkennung überreichte er ihnen Gutscheine für Speisen und Getränke an diesem Tag. Lob gab es auch für die Mitglieder des Perso-



Im Gespräch, Annerose Meyerewert vom Personalrat mit der LtKD'in Vera Lindenthal-Gold. nw

nalrates, die für kühle Getränke sorgte hätten, für Kaffee und Kuchen und auch für Würstchen. Die „Alten“ nutzten die Gelegenheit, besorgten sich Bier oder auch Kaffee und fanden sich in kleinen Gruppen zusammen zum Plaudern über vergangene Tage und auch darüber, wie es ihnen heutzutage gehe. Uwe Brunnengräber nannte bei der Begrüßung zwei Pensionäre namentlich, die trotz ihres hohen Alters gekommen seien. Es waren Paul Dotzert,



Fröhliche Gesichter, Anke May und Uwe Brunnengräber. nw

schuldigte den Präsidenten und stellte den Pensionären seine Vertreterin vor, LtD. KD'in Vera Lindenthal-Gold. Uwe Brunnengräber informierte auch gleich über zwei Neuerungen beim PP SH. So seien im vergangenen Jahr in einem Zug sämtliche Pistolen ausgetauscht worden gegen neue Dienstwaffen. In diesem Jahr habe es für das Präsidium neue Computer gegeben. Er

90 Jahre, aus Eberstadt und Walter Faure, 91 Jahre, aus Groß-Bieberau. Beide machten im Gespräch einen recht guten Eindruck, auch wenn das eine oder andere Wehwehchen zwickt. Beide hatten sich aber zum Pensionärs-treffen fahren lassen, da sie sich selbst nicht mehr alleine hinter Steuer setzen wollten. So vergingen



Die beiden ältesten Pensionäre, Paul Dotzert (90), links, und Walter Faure (91). nw

die Stunden in gemütlicher Runde. Die einen bleiben ein wenig länger, andere hatten noch weitere Termine und mussten den Heimweg früher antreten. Wo man aber auch hinschaute, es fanden sich immer wieder Männer und Frauen in kleinen Gruppen zusammen, die früher in den gleichen Dienststellen aktiv gewesen sind. nw



Mitglieder des Personalrats verkauften Kaffee und Kuchen. nw



Alte Freunde, die sich nach langer Zeit einmal wieder getroffen haben. nw



Gut besucht war das Treffen der Pensionäre des PP SH. nw



Herbert Rothermel, rechts, der Mann der die Rätsel für den Report schreibt, an der Kaffeetheke. nw



Karlheinz Treusch und Manfred Lauer. nw



Personalräte der Autobahnpolizei, alte Bekannte. nw

Jubiläumstorte der GdP

10 Jahre Wachpolizei beim PP Südhessen

Einen guten Grund zum Feiern gab es in den Reihen der Wachpolizei beim PP Südhessen. Bestand die Organisationseinheit am 1. August dieses Jahres doch bereits seit zehn Jahren. Kollege Luft hatte zu diesem Jubiläum ein Grillfest organisiert und alle Angehörigen der Wachpolizei zum Feiern in die Grillhütte beim PP Südhessen in Darmstadt eingeladen.

Die Anfänge der Wachpolizei liegen allerdings schon einige Jahre zurück. Im Jahre 1948 wurde auf Betreiben der alliierten Stadtkommandanten in Berlin eine Wachpolizei eingeführt. Nach einer Pilotphase in Hessen, ab Oktober 2000, wurden auch beim PP Südhessen zum 1. August 2002 die ersten Wachpolizist/innen eingestellt. Von diesen, ursprünglich 28 Wachpolizist/innen versehen heute noch 17 ihren Dienst beim PP SH.



Eine Jubiläumstorte spendierte die GdP der Wachpolizei bei der Zehn-Jahr-Feier. D/VS

Durch Neueinstellungen im September 2009 wurde die Zahl der Wachpolizist/innen auf den jetzigen Stand von 32 angehoben. Nicht mit eingerechnet sind vier Fehlstellen, die zum PP Westhessen verlagert wurden.

Die Polizeivollzugsbeamt/innen werden bei folgenden Aufgaben von den Wachpolizist/innen unterstützt:

- | Objektschutzmaßnahmen (u.a. seit 1. Februar 2011 mit einer „Rund-um-die-Uhr-Streife“ am Frankfurter Flughafen)
- | Dienst im zentralen Gewahrsam des Polizeipräsidiums
- | Dienst bei Großveranstaltungen oder besonderen Ereignissen
- | Verkehrsüberwachung (z.B. Laser, Radar) und Verkehrskontrollen
- | Durchführung von Gefangenentransporten für Polizei, Justiz und Ausländerbehörden
- | Durchführung von erkennungsdienstlichen Maßnahmen, Tatortarbeit
- | Unterstützung der Jugendverkehrsschulen

Die Auflistung zeigt ein breit gefächertes Aufgabenfeld, verbunden mit der Tatsache, dass die Organisationseinheit „Wachpolizei“ öfters

ausgebucht ist. Zurzeit befinden sich etwa 550 Wachpolizist/innen im Dienst des Landes Hessen. Bleibt zu hoffen, dass die gute Arbeit der

Wachpolizei auch in Zukunft gewürdigt und, auch in Form von Beförderungen, honoriert wird.

KG D /VS

Heringe und Pellkartoffeln

KG D/VS und DA/DI luden Pensionäre nach Darmstadt ein



Sie waren die Gastgeber beim Heringsessen, v.l., Reinhard Wittke, Vorsitzender der KG Darmstadt-Dieburg, und Jörg Hartweck, KG D/VS. nw

Über 30 Senioren (teilweise mit Anhang) der Kreisgruppen D/VS und Darmstadt/Dieburg waren der Einladung zum Heringsessen auf die Freizeitanlage (Rudolf-Kilb-Hütte) beim PP Südhessen in Darmstadt gefolgt. Jörg Hartweck, Vorsitzender der KG D/VS und Reinhard Wittke, Vorsitzender DA/DI, zeigten sich mit der Resonanz zufrieden. Mit dem Slogan „Eingelegte Heringe

mit Pellkartoffeln und leckere Fischbrötchen“ hatten die Organisatoren ihre ehemals aktiven Kolleg/innen zu dieser Nachmittagsfreizeit in froher Runde gelockt. Klaus Strack und Klaus Eschenfelder kümmerten sich um den Ablauf des Nachmittags und Edeltraud Eyrich, gelernte Köchin, belegte Brötchen mit Lachs, Rollmops und Käse. Kühle Getränke, mit und ohne Alkohol, gab es natürlich auch.

Diensthunde zeigten ihr Können

Jörg Hartweck begrüßte die Gäste und bedankte sich bei Reinhard Wittke für die Idee mit dem Heringsessen. Sie kam bei den Senioren auch gut an. Engagiert worden für eine Vorführung war aber auch Diensthundeführer Manfred Pöschl.



Jörg Hartweck, v.l., Vorsitzender der KG D/VS, ehrte die ehemaligen Autobahnpolizisten Rolf Müller und Hubert Ott für 50- und 40jährige GdP-Mitgliedschaft. nw

Er ist aktiv bei der Hundeausbildung des PP Südhessen. Dort werden 30 Hunde geführt. Mit seinem Hund Katinka demonstrierte er, die Suche nach Blut. Es gäbe vier Diensthunde in Hessen. Sie könnten Blut bis zu einem Alter drei Monaten riechen. Sein Hund Finn zeigte die Rauschgiftsuche, demonstrierte die Unterordnung und auch den Schutzdienst, mit bellen und beißen. Bei der Drogensuche werde der Spieltrieb des Hundes ausgenutzt, erklärte Pöschl. Zur Belohnung bekomme das Tier hinterher immer ein Leckerli.

Mitgliederehrung

Im Rahmen der Veranstaltung ehrte Jörg Hartweck auch zwei Senioren für ihre langjährige Mitgliedschaft. Hubert Ott ist seit 40 Jahren dabei und Rolf Müller seit 50 Jahren.



Für Enkel Max gab es einen kleinen Teddy beim Heringsessen der Senioren. nw

Beide hatten zuletzt Dienst gemacht bei der Autobahnpolizei in Lorsch. Als Anerkennung überreichte ihnen Jörg Hartweck eine Urkunde, einen Polizeiteddy, eine GdP-Mütze und einen Schal.

Auf der Liste standen auch die beiden Lorschener Pensionäre Josef Schrom und Horst Wiemer, die seit 60 Jahren Mitglied der GdP sind. Sie waren wegen Krankheit und Urlaub verhindert. Ihre Ehrung wird nachgeholt.

nw



Diensthundeführer Manfred Pöschl demonstrierte das Können seiner Hunde. nw

„Ich hab’ noch einen Koffer in Berlin“

Bergsträßer GdP-Mitglieder auf Einladung der Bundestagsabgeordneten Christine Lambrecht in Berlin



Gute Laune bei der Busfahrt in Berlin. nw

„Ich hab’ noch einen Koffer in Berlin“ sang einst Marlene Dietrich und in dem Lied schwang viel Sehnsucht mit nach der deutschen Bundeshauptstadt. Sehnsucht nach Berlin haben jetzt sicher auch einige Bergsträßer GdP-Mitglieder, nämlich all jene, die auf Einladung der SPD-Bundestagsabgeordneten Christine Lambrecht (Viernheim) vier Tage in Berlin weilten. Finanziert werden solche Besuchsprogramme vom Bundespresse- und Informationsamt der Bundesregierung. Jeder Abgeordnete darf drei Mal pro Jahr eine Gruppe einladen. Es geht darum, den Menschen die Bundeshauptstadt und ihre Sehenswürdigkeiten ein wenig näher zu bringen. Auch den Bundestag im Reichstagsgebäude und die Arbeit der Abgeordneten sollen sie ein wenig kennen lernen.

50 Personen hatten sich mit dem Zug von Mannheim aus auf den

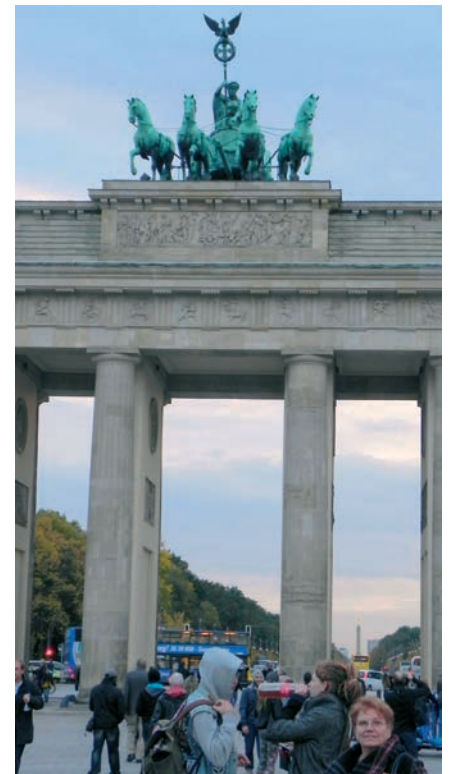
Freunde von Christine Lambrecht dabei. Es war eine Gruppe, die sich gut verstand. Es gab auch kaum etwas zu klagen bei dieser Tour, geleitet von der charmanten Stadtführerin Martina. Einzige Ausnahme war wohl das Essen am ersten Abend in unserem Hotel Holiday Inn Berlin City East in der Landsberger Allee. Das Hotel lag zwar weit außerhalb des Stadtkerns, da wir aber immer mit dem Bus abgeholt wurden und von unserem Chauffeur Bernhard gekonnt und mit viel Wissen durch die Stadt gefahren wurden, gab es nichts zu klagen. Sowohl Bernhard als auch Martina erzählten bei den Fahrten immer wieder einige Geschichten von den Sehenswürdigkeiten auf die sie uns aufmerksam machten. Auch so lernt man Berlin langsam kennen.

Mike Majewski, Vorsitzender der GdP-Kreisgruppe Bergstraße, hatte diese Tour mit Christine Lambrecht vereinbart. Zuvor waren schon die Bergsträßer GdP-Senioren in Berlin gewesen.

Gedenkstätte Deutscher Widerstand

Am ersten Tag in Berlin wurde die Gedenkstätte „Deutscher Widerstand“ besucht. Es ist die Stätte im Bezirk Berlin-Tiergarten, die be-

Der bekannteste von ihnen war wohl Graf Stauffenberg. In einer sehr umfangreichen und gut illustrierten Ausstellung konnten sich die Besucher, nach einem Einführungsvortrag, mit der Geschichte des Widerstands zur Nazizeit ein wenig vertraut machen. Es gab zwar zahlenmäßig nicht sehr viele Widerständler, es war aber doch erstaunlich, wie viele Menschen und Organisationen sich dennoch auf unterschiedliche Weise gegen den Terror der Nazis aufgelehnt hatten.



Am Brandenburger Tor. nw

Es war in der kurzen Zeit natürlich nicht möglich, sich alles anzuschauen. Es gab den Widerständler Georg Elsner und sein Attentat vom 8. November. Es gab die Gruppe um Stauffenberg (fast alles Militärs), die „Weiße Rose“ (Studenten mit den Geschwistern Scholl), den „Kreisauer Kreis“ und die „Rote Kapelle“. Es gab Widerstand von Gewerkschaften, Sozialdemokraten, Kommunisten, katholischen und evangelischen Christen. Eine Jugendopposition leistete ebenso Widerstand wie Kriegsdienstverweigerer und alle jene Gruppen, die von der Nazidiktatur in Konzentrations-



Gruppenbild auf dem Dach des Reichtages. nw

Weg gemacht. Ein ganzes Abteil war für unsere Gruppe reserviert worden. Außer den GdP-Mitgliedern waren auch noch ein paar

kannt ist als Bendler-Block. Dort wurden die Männer hingerichtet, die am 20. Juli 1944 an dem Attentat auf Adolf Hitler beteiligt waren.



Einen Visumstempel und die Stempel der Alliierten konnte man am Brandenburger Tor kaufen. nw

lager gesperrt und millionenfach umgebracht worden sind. Dazu gehören Sinti und Roma, Juden, Deserteure des Militärs, Kriegsgefangene und viele andere. Die Mehrzahl der Widerständler wurde ermordet.

Führung im Willy-Brandt-Haus

Recht informativ war auch eine kleine Führung mit Vortrag im Willy-Brandt-Haus, der bundesdeutschen Zentrale der SPD. Dort machten wir vor der überlebensgroßen Figur von Willy Brandt, früherer Regierender Bürgermeister von Berlin, Bundeskanzler und Widerstandskämpfer im Dritten Reich, eine Gruppenaufnahme. Man erzählte uns etwas über die Organisation der sozialdemokratischen Partei, die zwar nur noch etwas über 500.000 Mitglieder hat, aber dennoch die mitgliederstärkste deutsche Partei ist. Und die älteste demokratische deutsche Partei ist die SPD auch. Es gab auch eine lebhaft Diskussionsrunde zu Fragen sozialdemokratischer Politik, zu Altersarmut, dem Rentendebakel, Mindestlohn, Hartz IV und den Fragen, wie man Banken an die Kette legen könne und wie man Superreichen mehr Steuern abnehmen könne.

Technisches Hilfswerk

Wer den inneren Aufbau und die Ausrüstung der Feuerwehr nicht kannte, für den war der Besuch bei der Bundeszentrale des Technischen Hilfswerks (THW) sicher sehr interessant. Im Gegensatz zur Feuerwehr ist das THW nicht nur in Deutschland aktiv, um bei Katastro-

phenfällen vielseitig zu helfen, es ist mit seinem vorwiegend ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern auch auf allen Kontinenten engagiert. Egal ob Hochwasser, Erdbeben, große Brände, Krieg und Flüchtlinge, das THW hilft weltweit. Deshalb werden die Buchstaben THW auch übersetzt mit „Technisches Hilfswerk Weltweit“. Es gibt Ortsgruppen, mit Jugendgruppen, es gibt Spezialisten für Wasserversorgung, für Hilfen in Flüchtlingslagern, zur Suche von Verschütteten nach einem Erdbeben und es gibt auch Hilfen bei Katastrophen auf dem Meer. Viele dieser Gruppen sind kurzfristig abrufbar und einsatzbereit. Das THW ist mit allen möglichen technischen Geräten ausgestattet, die zum Teil auch die Feuerwehren haben. Christine Lambrecht ist die stellvertretende Bundesvorsitzende des THW in Deutschland.

Im Reichstag

Einer der Höhepunkte der Berlin-Tour war der Besuch im Reichstag (Bundestag) mit der Teilnahme an einer Sitzung eines Ausschusses für Umweltfragen und Ökologie. Es war relativ langweilig, weil erstens nur ein paar Abgeordnete anwesend waren und zweitens eigentlich nur immer Fragen kamen von SPD und Grünen zum Thema Atomares Endlager. Die Fragerei drehte sich im Kreise und die Staatssekretärin, die zur Beantwortung der Fragen zur Verfügung stand, nutzte diese Schwäche der Abgeordneten auch weidlich aus. Interessanter war da schon das Zusammentreffen mit der



Mike Majewski überreichte unserer Gastgeberin, der SPD-Bundestagsabgeordneten einen kleinen Polizei-Teddy. nw

„Gastgeberin“ Brigitte Lambrecht, stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion und als gelernte Juristin unter anderem zuständig für Rechtsfragen und Sport. Sie berichtete von ihren Tagesabläufen und darüber, dass sie am Wochenende regelmäßig heim fährt in ihren Wahlkreis an der Bergstraße.



Ein Muss bei einem Berlin-Besuch, Checkpoint Charlie, der frühere Grenzübergang zur DDR. nw

Hauptthema der Woche, wo wir anwesend waren, war die Klärung der Problematik der medizinischen Beschneidung von Buben aus religiösen Gründen, Tradition im Islam und im Judentum. Die besondere Attraktion des Tages war dann die Besichtigung der berühmten Glaskuppel mit einem herrlichen Rundblick über Berlin. Zahlreiche Fotos und Info-Tafeln informierten unter anderem über die Geschichte des Reichtages.

Deutsches Historisches Museum

Am letzten Tag unserer Tour stand ein Besuch des Deutschen Historischen Museums auf dem Plan. Die-

ses Museum zeigt unter anderem in einer Dauerausstellung sehr informativ die deutsche Geschichte, angefangen im 1. Jahrhundert vor Christus bis zur Wiedervereinigung. Alleine diese Ausstellung nahm schon fast zwei Stunden in Anspruch. Einige Teilnehmer besuchten auch die Ausstellung über die ehemalige DDR.

Verpflegung war gut

Zu erwähnen bleibt, dass die Hin- und die Rückreise mit dem ICE sehr gut organisiert waren, genauso wie die gesamte Tour. Mit Ausnahme des ersten Abends in unserem Hotel war auch die Verpflegung recht gut.

Wir haben in verschiedenen Berliner Lokalen gegessen. Das waren keine Luxusrestaurants aber gediegene „Berliner Kneipen“ mit freundlicher Bedienung. Sehen lassen konnten sich auch die Lunchpakete für die Heimreise, an den Hauptbahnhof geliefert von der „Butterstulle“. Wir waren eigentlich alle sehr zufrieden mit der Einladung von Christine Lambrecht. Wer die Gelegenheit hat, eine solche Einladung über eine/n Bundestagsabgeordnete/n zu bekommen, der sollte sie sich nicht entgehen lassen.

Norbert Weinbach

Bergtouren von gut elf Stunden

1. GdP-Hüttenwanderung der Kreisgruppe Odenwald

Eine in der GdP nicht alltägliche Idee reifte im Herbst des vergangenen Jahres in der Kreisgruppe Odenwald heran. Fast schon beiläufig kamen einige Vorstandsmitglieder während einer Sitzung darauf, dass es doch einmal eine tolle Sache wäre, eine Hüttenwanderung in den Alpen für die Mitglieder anzubieten. Kaum gesagt, schon begann Schriffführer Hartmut Schwöbel, ein über Jahrzehnte erfahrener Bergwanderer, mit der Planung und Organisation.

Letztendlich nutzten der KG-Vorsitzende Thomas Walther, Kassierer Volker Fischer und Pensionär Peter Vierhaus, neben „Event-Manager“ Hartmut Schwöbel das Angebot an. Anfang September startete die Tour mit einem Privatfahrzeug in die Karnischen Alpen. Ziel war der „Karnische Höhenweg“. Diese Route führt in weiten Teilen auf verschiedenen Varianten direkt auf der Staatsgrenze zwischen Österreich und Italien entlang und ist Teil der Via Alpina.

Erste Meter in den Alpen

Ziel war zunächst Köttschach-Mauthen in Kärnten (705 m), wo der PKW geparkt wurde, um mit dem ÖPNV-Bus nach Kartitsch in Osttirol (1353 m) zu gelangen. Von dort aus begann, durchs Winkertal, der steile Aufstieg zur Obstansersee Hütte auf 2304 Metern Seehöhe. Der Anstieg wurde in gut



Die vier Teilnehmer der GdP-Bergtour (v.l.n.r.), Peter Vierhaus, Hartmut Schwöbel, Thomas Walther und Volker Fischer vor dem Hochweißsteinhaus. tw

zwei Stunden bewältigt. Am nächsten Tag stand der Übergang zur Porzehütte (1942 m) auf dem Programm, für den man gemütliche sieben Stunden benötigte. Hierbei passierte die Gruppe auch die Filmoor Standschützenhütte auf 2350 m. Zwischendrin erklommen die GdP-Mitglieder noch hurtig den Gipfel der Pfannspitze (2678 m).

Königsetappe

Tags darauf war die „Königsetappe“ zu meistern: Eine elfstündige Wanderung zum Hochweißsteinhaus (1867 m) über das Tilliacher Joch, das Bärenbadegg und die Steinkarspitz. Dieser nicht immer ungefährliche Weg erforderte, dass die nicht unbedingt an die Höhe gewöhnten Mittelgebirgler aus dem Odenwald an ihre körperlichen und

auch psychischen Grenzen gehen mussten. Erschwerend kam hinzu, dass es auf diesem langen Weg kaum gesicherte Wasserquellen gibt. So war es nicht verwunderlich, dass am Ziel alle Wanderer buchstäblich über die hervorragende Hüttenkost und das Getränkeangebot herfielen.

Gut ausgeruht und mit neuen Kräften versehen ging es sodann am nächsten Morgen an das nächste Teilstück. Vom Hochweißsteinhaus führte die Spur zur Wolayerseehütte, die absolut romantisch am gleichnamigen Bergsee auf 1960 m Höhe liegt. Dabei wurden der Ciramondopass (2168 m) und die Obere Wolayer Alm (1709 m) passiert. Schließlich waren die Bergsteiger auf diesem Abschnitt auch zehn Stunden unterwegs. Dass Essen und Trinken am Abend wieder lecker gemundet haben, braucht wohl nicht mehr ausdrücklich erwähnt zu werden.

Der letzte Tag

Der Abschlusstag verlief dann etwas ruhiger. Lediglich ein Anstieg zum Valentinstörl (2138 m) stand zum Start auf der Agenda. Ansonsten ging es nur noch bergab bis zur Unteren Valentinalm, die bei 1205 m liegt und nach drei Stunden Wanderzeit erreicht war. Fahrer Peter Vierhaus organisierte von dort das Abholen des Reisefahrzeugs in Köttschach-Mauthen, so dass der weite

Fußweg zum Ausgangspunkt ersparen den müden Wanderern erspart blieb.

Auf dem Heimweg wurde noch eine Zwischenrast in Hofolding eingelegt, bevor alle vier Mann strapaziert, ausgelaugt, aber durchaus glücklich, zufrieden und stolz den Odenwald in den späten Abend-

stunden wieder erreichten. Alle vier Wanderer waren sich einig, eine traumhafte Wanderung bei Kaiserwetter mitgemacht und erlebt zu haben. Bleibende Eindrücke hinterließen bei allen nicht nur die herrlichen Aus- und Weitsichten bis zum Großglockner oder Großvenediger sowie den Dolomiten, sondern auch die jeweils persönlichen

Erfahrungen mit gruppendynamischen Prozessen in der hohen Bergwelt. Jeder war sich sofort sicher, dass dies nicht die letzte Tour der GdP-Kreisgruppe gewesen sein soll. Hartmut Schwöbel versicherte denn auch zum Abschluss, dass er unmittelbar für 2013 mit den Planungen beginnen werde. tw

Aus dem Personalrat:

LAK: Die Beantragung der LAK-Stunden muss in der Regel drei Monate vorher erfolgen und ist losgelöst von IZEMA zu betrachten. Ausführliche Informationen findet ihr auf der Intranet Seite des Personalrates Südhessen. Sollte es doch noch vorkommen, dass Dienstvorgesetzte erst einen „Stundenabbau“ der Mehrarbeit fordern, dann nehmt bitte mit uns Kontakt auf oder kopiert diese Passage des Polizei Reports.

Verweildauer innerhalb der Kriminalpolizei: Unabhängig von der Wunschvorstellung einzelner ist es nach wie vor so, dass innerhalb der Kriminaldirektion, sowie bei der RKI und ZKI grundsätzlich keine Mindestverweildauer existiert. Sollten Dienstvorgesetzte euch das anders erläutern, dann handelt es sich zweifelsfrei um deren Wunschvorstellung. In diesem Zusammenhang erinnern wir, dass weiterführende und notwendige „Bausteine“ immer einen Zeitumfang von 1 Jahr umfassen.

Dienstsport: Wir können nur zum Dienstsport animieren und bitten bei Problemfällen uns zu kontaktieren. An die Übungsleiter geht der Appell den Dienstsport mit Nachdruck anzubieten.

Die Führungsverantwortlichen werden aufgefordert den Dienstsport zu ermöglichen und dafür entsprechend Sorge zu tragen.

Belehrungsordner: Unser Verbesserungsvorschlag bezüglich der Handhabung und der Vorgehensweise mit dem Belehrungsordner ist auf Ablehnung gestoßen. Der Vorschlag sah vor, dass zukünftig die geänderten und neuen Passagen hervorgehoben werden, so dass jeder sofort erkennt was geändert wurde. Wir müssen der Begründung zustimmen, dass die Belehrung als Ganzes zu betrachten ist. Es ist ausdrücklich erwünscht, dass der Belehrungsordner verinnerlicht bzw. gelesen wird. Schließt euch ein und nehmt euch die Zeit dazu.

Objektschutzmaßnahmen: Aufgrund der bevorstehenden Objektschutzmaßnahmen für die US-Liegenschaften in Wiesbaden wurden dem Polizeipräsidium Südhessen drei Wachpolizeistellen abgezogen. Wie immer zieht das LPP nur Stellen ab, die Arbeit und die Auftragslage bleiben jedoch unverändert. Das ist aus meiner gewerkschaftlichen Sicht unverantwortlich und unverschämt. Das Präsidium wartet seit Wochen auf Antwort, wie die-

se Stellen kompensiert werden sollen. Wir bleiben dran und verlieren das nicht aus den Augen.

Beurteilungen 2011: Ehemalige aber noch im Dienst befindliche Dienstvorgesetzte sind für die Erstellung der Beurteilung mit einzubeziehen. Sollte eine Beurteilung diese Vorgabe nicht erfüllen, so ist diese unzulässig und kann angefochten werden.

Dienstsport: Um dienstrechtliche Konsequenzen entgegenzuwirken erinnern wir, dass die Verrichtung von Dienstsport nur mit zwei Teilnehmern erlaubt ist, sofern es eine Ausnahme ist und nicht zu vermeiden war. Damit ist insbesondere gemeint, wenn der dritte Teilnehmer ausfällt, muss somit nicht zwangsläufig der Dienstsport ausfallen. Der Übungsleiter muss dabei sein und der Dienstsportnachweis muss dann auch von ihm unterschrieben werden.

Getränkeautomat: Wir erinnern nochmal daran, dass im Foyer des Präsidiums, Erdgeschoss links in Richtung Asservatenkammer ein Getränke- und Kaffeeautomat zur Verfügung steht.

„Auch nur Mensch“

Jetzt als Lied - Online bei YouTube©

Liebe Kolleginnen und Kollegen, seid so nett und folgt meiner Empfehlung und ruft mal das Lied von Chri Be (Gecko) bei YouTube auf

[Http://www.youtube.com/watch?v=q9jBe0bpTYg](http://www.youtube.com/watch?v=q9jBe0bpTYg)

Es geht uns alle an und ihr werdet euch sofort wiederfinden. Ich habe beim Hören Gänsehaut bekommen.

Im Rahmen der Aktion der Gewerkschaft der Polizei (GdP) - JUNGE-GRUPPE, „Auch Mensch“ - Polizei im Spannungsfeld, wurde ein Song produziert. Dieser Track soll die Problematik der zunehmenden



Gewalt gegen Polizeibeamte musikalisch darstellen.

Er beschreibt die fassettenreiche Alltagssituation des Polizeiberufes und die physische, sowie psychische Gewalt, die an den Polizisten ausge-

übt wird. Oft vergisst man, dass in der Uniform AUCH NUR EIN MENSCH steckt, mit Gefühlen und Emotionen. Kein Mensch ist fehlerfrei, auch Polizisten nicht. Jedoch verdient Jeder, ob Bürger oder Bür-

ger in Uniform, Respekt und Anerkennung.

Dieses Lied beschreibt Alltagssituationen und die damit verbundenen Stressfaktoren und Reibungspunkte bei polizeilichem Einschreiten. In dem Lied sind auch all diejenigen angesprochen, die täglich für die freiheitlich demokratische Rechtsordnung ihren Kopf hinhalten.

Den Song gibt's kostenlos als Download auf www.gdp-bw.de

Auf diesem Weg ein dickes Lob an unsere GdP-Kolleginnen und Kollegen aus Baden-Württemberg für diese tolle Idee.

Antonio Pedron

Rente muss zum Leben reichen

Auch GdP-Senioren beim DGB-Aktionstag für Senioren in Frankfurt

Das Thema „Rente“ stand im Mittelpunkt des DGB-Aktionstages für Senioren in Frankfurt am Main. An der Hauptwache hatten sich neben den Senioren der GdP auch Gewerkschaftsvertreter der IG BAU, NGG, ver.di, der Sozialverband VdK und die Arbeiterwohlfahrt beteiligt. Karl Steiss, DGB-Seniorenvertreter von Frankfurt, hatte den Info-Tag eröffnet. Themen waren in erster Linie die Rentenpolitik (Bei Banken sind sie fix, für die Renten tun sie nix), die zusammen mit der „Rente mit 67“ (Achtung: Arbeiten bis 67. Gerechte Rentenpolitik geht anders) in die Altersarmut (Für ein Jahr Hartz IV gibt es nur 2,19 Euro für die Rente) führt. Aber auch die Gesundheits- und die Pflegepolitik (Achtung: Drei-Klassen-Medizin. Gerechte Gesundheitspolitik geht anders) standen auf dem Programm. Es ging um Teilzeitarbeit, Leiharbeit (Achtung: Verliehen, Befristet, Unterbezahlt, Politik für gute Arbeit geht anders), Ein-Euro-Jobs und um die Übernahme von Azubis nach der Ausbildung. Neben den Gewerkschaften informierten sowohl die AWO als auch der VdK über die unterschiedlichen Auswirkungen über die Zusammenhänge zwischen Lohnarbeit und Rente. Die GdP-Senioren hatten Informationsmaterial mitgebracht und diskutier-



Blick auf die Info-Stände von IG BAU, ver.di, GdP, NGG, AWO und VdK. nw

ten mit zahlreichen Interessenten. Die IG BAU hatte das Thema Erwerbsminderungsrente auf dem Tableau. Wer zum Beispiel mit 63 Jahren vorzeitig in Rente gehen muss, hat Abschläge von 10,8 Prozent hinzunehmen. 663 Euro pro Monat, so hoch war die Erwerbsminderungsrente für diejenigen, die 2007 in Rente gingen. Das lag nur ganz wenig über dem Sozialhilfeniveau.

Rentenbeitrag senken ist gut gemeint. Die Begehrlichkeiten von Politikern im Hinblick auf die Wahlen im Jahr 2013 sind groß. Nur weil die Rentenkassen momentan über finanzielle Rücklagen verfügen, will die Bundesregierung den Beitrag senken. Eine Entlastung von 0,5 Punkten beim Rentenbeitrag bringt für Durchschnittsverdiener/innen mit rund 2500 Euro Monatseinkom-

men gut 6 Euro netto mehr im Monat. Bei Geringverdienern mit rund 1500 Euro p/M bleiben gerade einmal 3,75 Euro übrig, schreibt der DGB. Vergessen dürfe man nicht, dass die Hälfte der Beitragssenkung an den Arbeitgeber geht. Der DGB hebt hervor, dass die Überschüsse im Moment nur deshalb vorhanden sind, weil die Rentenleistungen massiv gekürzt worden sind. Bis zum Jahr 2030 wird die Leistung um ein Viertel weniger sein. Der Lebensstandard im Alter wird sinken. Die Altersarmut ist vorprogrammiert. Das gilt auch wegen der Rente mit 67. Wer früher geht, muss bis zu 14,4 Prozent Minus hinnehmen. Altersarmut ist auch vorprogrammiert bei Langzeitarbeitslosen, bei Hartz IV-Empfängern und bei Menschen mit einem Mindestlohn unter 7,50 Euro. Der Mindestlohn muss heraufgesetzt werden. Notwendig ist eine

gesetzliche Rentenversicherung für alle. Eine Bürgerversicherung ist notwendig. Arbeitgeber, Politiker und auch Manager müssen mehr zur solidarischen Alterssicherung beitragen. Ver.di fordert eine gute Rente, die vor Armut schützt und den erarbeiteten Lebensstandard sichert. Alle müssen schrittweise in die gesetzliche Rentenversicherung einbezogen werden.

Das schützt die Betroffenen und bringt mehr Geld in die Rentenkassen. Geld ist eigentlich genug da, so ver.di. Das Problem ist die Verteilung. Von 1992 bis 2008 stieg die preisbereinigte Wirtschaftsleistung um 26 Prozent. Die reale Brutto-lohn- und -gehaltssumme lag 2008 jedoch niedriger als 1992. Da die Rentenbeiträge fast vollständig von der Entwicklung der Löhne und Gehälter abhängen, darf es nicht wundern, wenn die Rentenkasse Probleme bekommt. Das Grundproblem ist die Umverteilung von unten nach oben. Das preisbereinigte Unternehmer- und Vermögenseinkommen stieg von 1992 bis 2008 um 40 Prozent.



Die GdP-Mannschaft beim Info-Tag der Senioren in Frankfurt. nw

Die Aktion „Umfairteilen, Reichtum besteuern“ verdient Unterstützung. Das wachsende Privatvermögen der reichen und Superreichen muss endlich wieder besteuert werden. Sie müssen dringend zur Finanzierung der notwendigen öffentlichen Ausgaben und zum Abbau der Staatsverschuldung herangezogen werden, so der Tenor des Aktionstages Ende September in Frankfurt. Das „Bündnis Umfairteilen“ fordert nicht unbegründet eine dauerhafte Vermögenssteuer sowie eine einmalige Vermögens-

abgabe, am besten europaweit koordiniert. Dazu gehört auch ein konsequenter Kampf gegen Steuerflucht und Steueroasen und eine Steuer auf Finanzmarktgeschäfte, gegen die Spekulation und zur Bekämpfung der Armut, weltweit.

Hier hilft der Spruch: Es gibt viel zu tun. Packen wir es an.

Norbert Weinbach

Was passiert mit dem 3. Polizeirevier?

Liebe Kolleginnen und Kollegen des 3. Polizeireviers,

sowohl als Personalratsvertreter als auch als Gewerkschaftsvertreter habe ich ständigen Kontakt zu euch gehalten. Das werde ich auch weiterhin tun. In den letzten 14 Tagen, bis zum Redaktionsschluss, ist einiges in Bewegung gekommen. Die Behördenleitung ist im dauerhaften Kontakt mit dem LPP. Das LPP bekommt ständig Informationen über den Zustand des 3. Reviers. Auch ich bin dort vorstellig geworden und habe diverse Gespräche mit unserer Behördenleitung und Liegenschaftsverwaltung geführt.

In den letzten zwei Jahren, in denen ich am Neubauprojekt arbeite, habe ich den Eindruck gewonnen, dass jeder ernsthaft an einem Neubau in unmittelbarer Zukunft interessiert ist. Mit Freude habe ich Menschen im LPP kennengelernt, die unser Anliegen sehr ernst nehmen. Ich versichere euch, sollte sich dies ändern, dann werden wir als GdP

eine andere Gangart einlegen. Ein mögliches Szenario habe ich dafür in Aussicht gestellt. Aber ich muss zugeben, dass mir das LPP und Innenminister Boris Rhein keinen Anlass geben zu zweifeln. Ich habe vieles zu kritisieren, aber wenn etwas lobenswert ist, muss das auch gesagt werden.

Trotz angespannter Finanzlage liegt ab 2013 das Geld (Mietzins) für den Neubau bereit. Hier erkennt man die Ernsthaftigkeit einer zeitnahen Realisierung.

Als GdP haben wir auch gegenüber der Öffentlichkeit Verantwortung zu tragen. Wir dulden keine Dumpinglöhne, keine Schwarzarbeit auf Baustellen und können es gar nicht leiden, wenn unsere Kolleg/innen unter Druck gesetzt werden mit dem Ergebnis, dass der hes-



Aufenthalts- und Waffenraum mit Ladekiste unterhalb der Mikrowelle (ca.6 qm)- In Hessen einmalig!

sische Steuerzahler wohlmöglich die Zeche zahlen darf.

Ich bitte an dieser Stelle um Verständnis, dass ich mich zum jetzigen Zeitpunkt in Zurückhaltung üben muss. Zum Redaktionsschluss lagen noch keine Entscheidungen zu den gemachten Vorschlägen vor. Mit Sicherheit werden wir Mitte November mehr wissen. Wir werden nachberichten und hoffentlich dann mit guten Meldungen.

Antonio Pedron

Lebhafte Diskussionen beim Seniorenseminar

Über 50 Teilnehmer/innen im Gasthaus „Krone“ in Tann

Mehrere Dinge konnte man am Ende des diesjährigen Seniorenseminars der GdP feststellen. Die Teilnehmer/innen waren durchwegs zufrieden und machten auch Vorschläge für künftige Seminare. Die Referenten trugen ihre Beiträge sehr lebendig vor, auch wenn manches Thema ein wenig kompliziert war. Es gab lebhaftes Diskutieren und Beifall für die Vortragenden. Die Unterbringung war recht gut und das Essen so reichlich und schmackhaft, dass an Abnehmen nicht zu denken war. Es hat sich positiv ausgewirkt, dass Partnerinnen und Partner bei dem Seminar mit eingeladen waren. Die Themenvielfalt dieser Veranstaltung war schon fast zu umfangreich. Das eine oder andere Thema weglassen, dafür andere ausführlicher behandeln, eine Anregung für die Zukunft. Positiv aufgenommen wurde der landespolitische Bericht von Lothar Hölzgen. Senior/innen kommen nicht so gut an Informationen der täglichen Arbeit wie die Aktiven im Dienst.

Funktionsbezogene Einschränkungen

Lothar Hölzgen berichtete vom Kampf der GdP um eine Verbesserung der Zulage für Dienst zu ungünstigen Zeiten (DuZ), über die Misere mit den Sitzen im Streifenwagen „Insignia“. Verbesserungen sind in Sicht. Es gibt bei der hessischen Polizei 1200 Beamt/innen mit „funktionsbezogenen Einschränkungen“. Das sind Beschäftigte, die nur noch bedingt einsatzbereit sind, für die man aber nicht genügend Stellen hat in der Verwaltung. Es ging um zusätzliche Urlaubstage für Beamt/innen aufgrund eines EuGH-Urteils und um Dienstaltersstufen, die heute Erfahrungsstufen heißen. Dabei geht es auch wieder um ein höchst richterliches Urteil, das von einer Altersdiskriminierung spricht, weil den Beamt/innen von Anfang an ihr „Endgrundgehalt“ zusteht. Das darf nicht einfach alle paar Jahre steigen. Das könnte das Land Hessen einen dreistelligen Millionenbetrag kosten. Die GdP ist weiterhin be-



Seminarteilnehmer vor dem Standbild des Freiherrn von der Tann. nw

strebt, den A10-Bauch zu beseitigen, damit die Kolleg/innen mit der A11 in Ruhestand gehen können und nicht mit der A10. Es wurde eine Verbesserung der Einstellungszahlen erreicht. Bis zum Jahr 2020 gehen 50 Prozent der Kolleg/innen in Ruhestand. Die GdP hat mehr als 171.000 Mitglieder. Man muss mit einem Verlust von 80.000 Mitgliedern rechnen. Die Tarifverhandlungen für 2013 beginnen jetzt. Da muss auch für die Pensionär/innen etwas mehr herauskommen als bisher. Da die Gewalt gegen Polizeibeamte um über 20 Prozent zugenommen hat, hat jetzt Innenminister Rhein die GdP-Initiative zur Schaffung eines § 115a gefordert. Gewalt gegen die Polizei muss härter bestraft werden, festgelegt in einem eigenen Paragraphen. Negativ bewertet die GdP zurzeit die Verhandlungen von Hessen, Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg um die Zusammenlegungen von Polizeiorchester, Wasserschutzpolizei und Flugbereitschaft. Da laufe nicht alles optimal und die Personalräte seien bisher auch nicht beteiligt worden.

Betreutes Wohnen und Pflege

Martin Kersting, Sozialarbeiter beim Landkreis Fulda hatte viele praktische Erfahrungen sammeln können im Laufe seines Berufsle-

bens. Da er auch noch als Seniorenberater an einem Pflegestützpunkt aktiv ist, war ihm auch das Thema Pflege nicht unbekannt. Pflegestützpunkte seien zur Beratung von gesetzlich Versicherten geschaffen worden. Privat Versicherte würden von der Organisation „Compass“ beraten. Da Menschen immer älter würden, sei es nur natürlich, dass sie im Alter auch entsprechende Wohnungen benötigten, wenn es sein müsse, auch mit der Möglichkeit der ambulanten Pflege. Betreutes Wohnen sei kein gesetzlich geschützter Begriff, es sei auch nicht zu verwechseln mit altersgerechtem Wohnen. Dazu gehörten zum Beispiel ein Aufzug oder eine ebenerdig zugängliche Dusche, breite Türen ohne Schwellen, geeignet für Rollstuhlfahrer. Wichtig sei auch ein 24-Stunden-Notruf. Da der Mensch die Eigenschaft habe, möglichst lange in den eigenen vier Wänden zu wohnen, müsse er sich rechtzeitig Gedanken darüber machen, ob seine Wohnung, sein Haus, fürs Alter geeignet ist. Kann ich noch Autofahren, gibt es öffentliche Verkehrsmittel, habe ich Geschäfte in der Nähe, habe ich einen Bekanntenkreis, damit ich nicht einsam bin. Wer auf dem „romantischen“ Land lebe, habe es schwerer als in einer Stadt. Auf alles müsse man sich vorbereiten solange man Einfluss da-



Sozialarbeiter Martin Kerstings Thema war „Betreutes Wohnen“. nw

rauf habe. Dazu gehöre auch, sich zu erkundigen, wo es Informationsstellen gibt. Hilfsorganisationen wie DRK, Caritas, Arbeiterwohlfahrt, VdK, Seniorenbeiräte und auch Sozialämter seien meist geeignete Anlaufstellen.

Wichtig sei auch, sich regelmäßig ärztlich untersuchen zu lassen, sich um seine Gesundheit zu kümmern, mahnte Martin Kersting. Dazu gehöre auch die Ausfertigung eines Patienten-Testaments, eine Bankvollmacht für beide Partner, eine Vorsorgevollmacht, eine Betreuungsverfügung und, bei zu pflegenden Angehörigen auch ein Notfallplan, wer pflegen soll/kann/darf, wenn eine Ehepartner ausfällt. Nicht zu vergessen ist für Beamt/innen auch eine Vollmacht für Vertrauenspersonen, die Beihilfe beantragen dürfen. Vieles von dem, was Martin Kersting erzählt hatte, ist auch im APS-Programm der GdP enthalten. Nachzuschauen im Internet im Mitgliederbereich der GdP.

Erben und Vererben

Das trockene Thema „Erben und Vererben“ hatte sich Rechtsanwalt Dr. Norbert Rücker vorgenommen. Es sei ein Bestreben des Menschen, Vorsorge zu treffen für seinen Tod und die Zeit danach. Es sei ein Wunsch des Menschen, ein Testament zu erreichen. Das sei immer besser als die gesetzliche Erbfolge. Da könne es im Erbfall zu Streit kommen. Wer sein Vermögen rechtzeitig ordne, könne späteren Streit vermeiden. Den Satz „Ich habe nichts zu vererben“, ließ Dr. Rücker

nicht gelten. Man könne auch „Ideelles“ vererben, zur Not sogar Schulden. Es sei eine Frage, ob man dann ein Erbe annehme.

Testament heißt „mein letzter Wille“. Darin könne man regeln, wie man beerdigt werden wolle, wie die Grabpflege erfolgen solle. Ein Testament müsse handschriftlich verfasst werden und von den Erblasern unterschrieben werden. Es könne überall aufbewahrt und immer wieder geändert werden. Ein Testament vor einem Notar koste Geld, werde beim Amtsgericht aufbewahrt und sei im Todesfall von den Erben zu erreichen. Die Kosten für die Verwaltung eines Testaments richteten sich nach der Höhe des Vermögens. Bei 100.000 Euro seien es 51,76 Euro.



Rechtsanwalt Dr. Norbert Rücker. nw

Dr. Norbert Rücker erklärte, wie ein Berliner-Testament (Ehepaare setzen sich gegenseitig als Erben ein) abgefasst werde, dass bei der gesetzlichen Erbfolge die Blutsverwandtschaft in auf- und absteigender Linie zähle, dass es einen „Pflichtteil“ gibt und wie der aussieht. Das kann im Einzelfall recht kompliziert sein. Überhaupt ist das Thema „Erben und Vererben“ kompliziert. Ein Testament muss eindeutig sein und bei mehreren Erben auch bestimmt. Wer soll was bekommen. Bei der Vererbung von Grundstücken sollte man sich grundsätzlich von einem Notar beraten lassen. Ein „öffentliches Testament“ ersetzt den Erbschein bei der Eintragung ins Grundbuch. Bei ei-

nem Grundstück mit einem Wert von 1 Million Euro betragen die Kosten für den Erbschein beim Nachlassgericht 1557 Euro.

Dr. Norbert Rücker erläuterte die Begriffe der Zugewinnngemeinschaft und eines Ehevertrages, erklärte, was Vor- und was Nacherben sind und auch was ein „befreiter Vorerbe“ ist. Nur „eingetragene“ Lebenspartnerschaften seien wie Ehepaare zu behandeln. Sein abschließendes Fazit: „Es ist gut, ein Testament zu haben.“

Im Straßenverkehr besonders gefährdet

Sehr lebhaft gab sich Gerhard Brink, der Mann von der Straßenverkehrswacht Fulda, früher selbst Schutzmann und Leiter der Polizeistation Hilders. Ältere Menschen seien im Straßenverkehr besonders gefährdet. Statistisch hätten sie die gleichen Unfallzahlen wie 18- bis 20jährige. Senior/innen trügen aber öfters die Schuld an einem Unfall, zwischen 67 und 75 Prozent, je nach Alter.

Brink hielt nichts von jährlichen Führerscheinüberprüfungen. Senior/innen sollten aber vorsichtiger sein beim Autofahren, sich nicht unbedingt darauf verlassen, dass andere Kraftfahrer aufpassen. Man müsse sich selbst realistisch einschätzen. Eigenverantwortung sei gefragt. Alter alleine sei kein Ausschließungsgrund vom Autofahren.

Senior/innen sind aber auch als Fußgänger unterwegs und als Radfahrer, auch mit dem modernen und schnellen E-Bike. 15 Prozent aller Verletzten seien Fußgänger, 50 Prozent der Toten älter als 65 Jahre. Bei Radfahrern gebe es doppelt so viele Verletzte wie bei Fußgängern. Vorwiegend gebe es Kopfverletzungen, die zum Tode führten. Deshalb sei es wichtig, einen guten Helm zu tragen. Das Anlegen des Helmes, was Brink demonstrierte, sei ebenso wichtig wie das richtige Anlegen eines Sicherheitsgurtes. Die meisten Toten und Verletzten habe man im Pkw. Ein Gurt müsse richtig sitzen, müsse straff angelegt sein, die Sitzposition solle aufrecht sein, die Arme an Lenkrad leicht angewinkelt (verhindert bei einem Unfall Kno-

chenbrüche) und die Kopfstützen sollten so hoch sein wie der Kopf.

Gut hören ist im Straßenverkehr ebenso wichtig wie gut sehen. Fahren mit schlechten Augen ist wie Fahren mit schlechter Bremse. Wichtig sei aber auch, gut gesehen zu werden. Man dürfe nicht vergessen, dass bei Verkehrsunfällen nicht Kilos auf die Insassen einwirkten. Die Wucht eines Aufpralls wirke in Tonnen. Lose Gegenstände in einem Auto könnten zu tödlichen Geschossen werden. Beim Bremsen müsse man die Reaktionszeit beachten, die meist länger sei als man glaube. Der gesamte Bremsweg bis zum Stillstand sei dann noch einmal länger. Da verschätze man sich gerne und dann komme es ungewollt zu einem Verkehrsunfall. Das Thema war so interessant, dass sich automatisch eine lebhafte Diskussion ergab.

Statt „Pflege“ gab es „Beihilfe“

Einige Neuigkeiten in Sachen Beihilfe lieferte Gerhard Kaiser, unser Fachmann für dieses Thema bei der Beihilfestelle in Hünfeld. Er war bereits zum vierten Mal bei der GdP und immer wieder hatte er Neuerungen und Altbewährtes zu berichten.

Neu ist, dass die Beihilfesätze für Heilpraktiker erhöht worden sind. Dabei war hinter vorgehaltener Hand zu erfahren, dass Kosten für Heilpraktiker bei einer anderen Regierungszusammensetzung komplett aus dem Beihilfekatalog gestrichen werden sollen.

Neu ist auch, dass Rezepte von Privatversicherten seit Anfang des Jahres von der Beihilfestelle „rabattiert“ werden. Bei gesetzlich Versicherten machen das die Krankenkassen. Rabattierung heißt, die Beihilfestelle holt sich von den Apotheken, die ein Rezept eingelöst haben, gewisse Prozente. Das bringt dem Staat im Laufe eines Jahres einige Millionen Euro ein, wird geschätzt. Damit das System funktioniert, muss auf jedem Rezept die Kennziffer des ausstellenden Arztes stehen. Die steht nicht auf Privatrezepten, müsste eigens eingefügt werden. Deshalb rät Gerhard Kaiser, sich ein Rezept mit dem Zusatz



Blick in den Seminarraum in Tann. nw

„Privat“ auf einem Kassenformular ausstellen zu lassen. Dort steht die Kennziffer bereits drauf. Außerdem muss die Kennziffer (Institutskenzeichen) der Apotheke drauf stehen, die das Rezept einlöst. Werden Rezepte zur Beihilfe eingereicht, die diese Ziffern nicht enthalten, werden sie von der Beihilfestelle an den Antragsteller zurückgeschickt, diese Ziffern eintragen zu lassen.

Wer im Ausland Medikamente kauft, stellt oft fest, dass sie dort z.B. 50 Prozent billiger sind als in Deutschland. Es sind die gleichen Medikamente wie bei uns, auch mit deutschem Beipackzettel (z.B. im Elsass). Dabei verdienen die dortigen Apotheker auch noch ihr Geld. Man kann daran aber erkennen, wie hoch die Gewinnmargen der Pharmaindustrie bei uns sind. Hier werden die Versicherten „abgekocht“.

Gerhard Kaiser informierte über die wenigen Euro, die es beim Kauf einer neuen Brille oder einer Ersatzbrille gibt (alle drei Jahre oder bei Verlust oder Totalbeschädigung,

den Grund für den Ersatz muss man auf die Verordnung schreiben). Für das Gestell gibt es nichts, für Gläser minimale Beträge. Die Höhe richtet sich nach der Art der Gläser, z.B. Gleitsicht, Kunststoff, besonders gehärtet. Bei der Verordnung von Kontaktlinsen muss man eine Indikation haben, damit sie beihilfefähig werden. Wer eine neue Brille kauft, kann zum „Optiker seines Vertrauens“ gehen, wenn er es sich leisten kann. Dort ist der Kundendienst meist sehr gut, die Brillen sind aber entsprechend teurer. Fachleute raten, zu einem Optiker der Ketten Fielmann oder Apollo (bezieht die Gläser aus den USA) zu gehen. Dort gibt es immer wieder Prozente, z.B. ein Prozent pro Lebensjahr. Man kann dort meist auch handeln. Die Gläser bei Fielmann sind die gleichen wie beim Optiker vor Ort. Insider, die bei Zeiss-Jena gearbeitet haben, sind sicher, dass die „billigen“ Gläser genau so viel kosten in der Herstellung wie die teuren, die ein Optiker anpreist. Grundsätzlich sollte sich ein „Patient“ verhalten wie ein Kunde und sollte hart um den Preis verhandeln.



Gerhard Kaiser, Fachmann für Beihilfe. nw

Das gilt auch bei einem Krankenhausaufenthalt. Man sollte fragen, was ein Zwei-Bett-Zimmer kostet. Da haben die Kassen bei den verschiedenen Krankenhäusern verschiedene Beträge ausgehandelt. Man sollte dem Krankenhaus anbieten, ein Zwei-Bett-Zimmer zu nehmen, wenn es nicht mehr kostet als 60 Euro. Man kann auch ein Ein-Bett-Zimmer nehmen, wenn man es zum Preis eines Zweiers bekommt.

Eine Chefarztbehandlung ist bei freiwillig gesetzlich Versicherten zu 100 Prozent beihilfefähig. Auch beim Zahnersatz gibt es 100 Prozent Beihilfe, wobei vorher der Kassen-

anteil abgezogen wird. Hier gibt es mehrere Varianten, auch für Implantate. Wenig Geld gibt es auch für die teuren Hörgeräte. Hier soll es aber demnächst eine Verbesserung geben.

Kundenzentrum

Beihilfe ist ein kompliziertes Ding. Wer Fragen hat, kann sich an das Kundenzentrum der Beihilfestelle wenden. Der dortige Telefondienst

ist von montags bis freitags von 8 bis 16.30 Uhr zu erreichen. Telefon: 0561-1061550.

Diese Nummer steht aber auch auf jedem Beihilfeantrag. Da meistens montags und am Dienstagvormittag das Kundenzentrum besonders belastet ist, sollte man zu anderen Zeiten anrufen. Auch in der Mittagspause hat man eine gute Chance durchzukommen, da die

Telefone durchgehend besetzt sind. Zum guten Schluss bliebe noch zu erwähnen, dass die Seminarteilnehmer viele Fragen hatten, dass Gerhard Kaiser eigentlich über Pflege referieren wollte. Dazu ist er aber nicht gekommen. Wir werden ihn beim nächsten Seminar im Oktober 2013 wieder einladen. nw

E-Mail-Adressen von Senioren

Die GdP will die Seniorenarbeit verbessern. Um aber möglichst viele Senior/innen (Pensionärinnen, Pensionäre, Rentnerinnen, Rentner) zu erreichen und keine Portokosten zu bezahlen, ist es sinnvoll, eine, eine Liste mit E-Mail-Adressen von Senior/innen anzulegen.

Wer also Interesse hat an GdP-Informationen und wer bereit ist, bei der einen oder anderen Aktivität mitzumachen, sollte mir seine E-Mail-Adresse schicken an:

norbert.weinbach@online.de nw

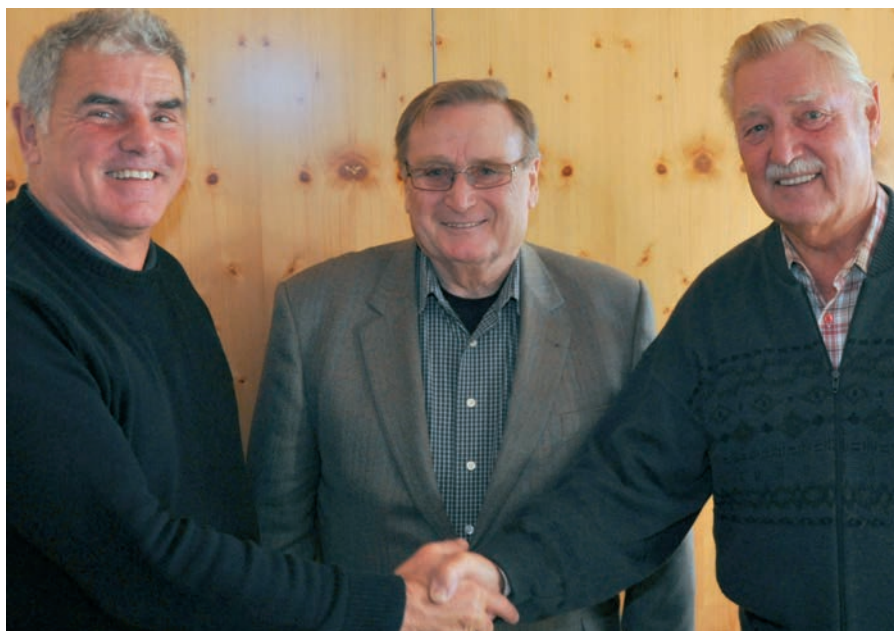
Stabwechsel bei den Senioren

Kurt Grede ging, Volker Zeidler neuer Seniorenvertreter

Einen Stabwechsel gab es jetzt im hessischen Landesseniorenvorstand der GdP. Nach 13 Jahren aktiver Seniorenarbeit hat Kurt Grede, Vertreter der BZG Nordhessen, aus Altersgründen sein Amt zur Verfügung gestellt. Sein Nachfolger ist Volker Zeidler, der bei der Landeseniorenvorstandssitzung in Tann herzlich begrüßt wurde.

Volker Zeidler, seit Juli 2012 Senior, kam im Oktober 1969 zur Bereitschaftspolizei in der Mudra-Kaserne. Nach seiner Ausbildung kam er zunächst zur HBP nach Kassel und dann zum PP Kassel. 1970 wurde er Mitglied der GdP. Er hatte viele Jahre das Amt des Bezirksgruppenvorsitzenden inne, wurde 1996 freigestellt im Personalrat des PP Kassel und zog 1996 auch in den hauptpersonalrat ein. In Pension ging er als Erster Polizeihauptkommissar.

Kurt Grede, Jahrgang 1938, ist seit 59 Jahren Gewerkschaftsmitglied. Er begann 1953 in der IG Bau Steine Erden. Es folgten Wehrdienst und eine längere Auslandstätigkeit. Kurt wurde Mitglied der IG Metall und, als er zur Polizei kam, auch Mitglied der GdP. Dort war er in verschiedenen Positionen aktiv, unter anderem auch im Personalrat. Als



Gerhard Lehmann, stellvertretender Landesseniorenvorsitzender, rechts, begrüßte Volker Zeidler als neues Mitglied im Vorstand. Er tritt die Nachfolge von Kurt Grede an, der auf sein Amt verzichtete. nw

er 1998 in den Ruhestand trat, übernahm er bei der KG Kassel die Seniorenarbeit und später trat er die Nachfolge von Hans Fiege als Seniorenvertreter der BZG Nordhessen an und wurde Mitglied des Landesseniorenvorstands. Dort hatte er das verantwortungsvolle Amt des Kassierers inne. Norbert Weinbach, Seniorenvorsitzender der GdP Hes-

sen, bedankte sich in der Vorstandssitzung in Tann, Ende Oktober, bei Kurt Grede für 13 Jahre aktive Seniorenarbeit. Seinen Nachfolger, Volker Zeidler, hieß er herzlich willkommen. Der Vorstand wählte Volker Zeidler auch gleich zum neuen Kassierer bis zur Landesseniorenkonferenz am 26. September 1913 in Naurod. nw

Copsafterworkparty 2012



Südhessische Kolleg/innen gehen an Bord des Party-Schiffs. ap

Im September fand unsere zwischenzeitlich etablierte Copsafterworkparty auf dem Partyschiff Robert Stolz statt. Erneut registrierten sich über 200 Kolleg/innen und Freunde auf der Passagierliste.

Unser Kollege Andreas Hotz (PP Südhessen), auch bekannt als DJ Hotzi, und sein langjähriger Freund DJ Peter sorgten für Musik. Die mitgebrachte Nebelmaschine versetzte das Schiff in eine schwimmende Dunstwolke. Großartig war, dass sowohl über als auch unter Deck alles voll war. Über den Besuch von Kolleg/innen anderer Behörden (BKA, NRW, RLP) haben wir uns sehr gefreut.

Die nur für Mitglieder durchgeführte Tombola, gesponsert durch unsere Kooperationspartner X-Kart



DJ Peter in voller Aktion. ap



Über und unter Deck herrschte reger Betrieb auf dem Schiff. ap

Limburg und Polas Frankfurt, sorgte ebenfalls für viele fröhliche Gesichter. Für die, die noch nie dabei waren, es könnte vielleicht etwas für euch sein. Nach Dienstschluss oder im Rahmen eines Dienstausfluges mit der Dienstgruppe oder mit dem Kommissariat auf's Schiff. Ihr seid alle und immer herzlich willkommen.

Antonio Pedron



Fröhliche Jungs bei der Cops-After-Work-Party. ap



Antonio Pedron, links, und Tim Türke, rechts, mit Kolleg/innen aus NRW. ap

Erste-Hilfe-Koffer für die GdP

Spende eines Rüsselsheimer Apothekers



Der Rüsselsheimer Apotheker Martin Körner, links, spendete dem GdP-Vorsitzenden Antonio Pedron einen Nothilfekoffer für die Polizei. Foto: Reimer Lissel

Martin Körner ist seit 1976 Inhaber der im Jahre 1951 gegründeten „Rosen Apotheke“ in der Hasslocher Straße 34 in Rüsselsheim. Unterstützt wird er von seiner Ehefrau. Die Apotheke gehört zur LINDA-Apothekengruppe. Martin Körner hat immer ein Faible für die Polizei gehabt. Mit Interesse verfolgt er das Polizeigeschehen in den Medien. Besorgt ist er über die steigenden Übergriffe auf Polizeibeamte. Im Gespräch mit ihm konnte ich raushören, dass er sich in Rüssels-

heim wohlfühlt und die Arbeit der Polizei grundsätzlich schätzt. Aus diesem Anlass hat er die GdP kontaktiert und hat mir einen Erste-Hilfe-Koffer von LINDA überreicht. Stellvertretend für die Kolleg/innen der GdP nahm ich diesen nützlichen und vollausgestatteten Erste-Hilfe Koffer entgegen. Dieser Koffer bietet bei Weitem mehr Möglichkeit bei Verletzungen als ein herkömmlicher PKW-Verbandskasten.

Seit zwei Jahren erst haben wir wieder in der PD Groß-Gerau Kollegen mit einer „kalten Schnauze“. Die Diensthunde und ihre Hundeführer genießen ein hohes Ansehen und sind bei jeder Lage immer willkommen oder werden bewusst angefordert. Unser hessischer Polizeimeister im Diensthundewesen (2011) heißt „Deri“, mit Hundeführer POK Matthias (Matze) Klein. Beide treten auch nur als „Duo“ auf. In der Vergangenheit haben auch diverse DIF-Schulungen mit Matze und Deri stattgefunden. Die Berichterstattung erfolgte über das Intranet.

In Anerkennung für ihre Kollegialität und hohe Einsatzbereitschaft wurde beiden der Erste-Hilfe-Koffer



Hundeführer Matthias Klein, mit Diensthund Deri, rechts, Mitglied im Team der Hundesbilder der Polizei, freute sich über den Nothilfekoffer, den ihm Antonio Pedron übergab. Foto: Reimer Lissel

übergeben, mit der Hoffnung, ihn nie nutzen zu müssen.

Ein herzlicher Dank geht an Apotheker Körner für diese Spende.

Antonio Pedron

Sieg für die Spvgg PD Darmstadt-Dieburg

Hallenturnier der PD Groß-Gerau

Im Oktober fand das diesjährige Hallenfußballturnier der PD Groß-Gerau in Ginsheim-Gustavsburg statt. Der Wanderpokal wurde letztes Jahr von der Spielvereinigung PD DA-Di gewonnen. Das Team wird geführt von Asye Fornoff (K10). Traditionsgemäß nahm eine Mann-

schaft vom Landratsamt teil. Die Polizeistationen Groß-Gerau, Rüsselsheim, Bischofsheim, Kelsterbach, Gernsheim sowie RKI, mit Unterstützung der PSt. Mörfelden-Walldorf und OPE, traten zum diesjährigen Turnier an.



Die Organisation übernahm die PSt. Bischofsheim mit der Führungsgruppe der PD Groß-Gerau. Ingrid Metzroth und Antje Brekerbohm belegten bereits morgens

1. Platz und der Wanderpokal v.l.n.r.

JF Schreinerei Johannes Fäth
Otto-Hahn-Straße 1
64859 Eppertshausen
Tel.: 06071/739120

Fenster
Haustüren
Innentüren
individueller Innenausbau

Ihre Fenster für Sicherheit und Energieeffizienz

Mail: info@johannesfaeth.de
www.johannesfaeth.de

Ihr Partner für moderne Lösungen aus Holz, Aluminium und Kunststoff...



Spvgg Südhessen

um halb sechs die ersten Brötchen. Die Turnierleitung übernahm der KG-Vorsitzende Carsten Pick. Als Schiedsrichter mit DFB-Lizenz konnte die Führungsgruppe erneut die Kollegen Taner Gökcer (3. Revier) und Klaus Peter Meier (PSt. Idstein) gewinnen. Mit großer Vorfreude erschienen die Mannschaften zum Turnier. Die Mannschaften der PSt. Groß-Gerau, Spvgg DA-DI und OPE hatten jeweils eine Spielerin dabei. Das Auftaktspiel fand zwischen Groß-Gerau und Rüsselsheim statt. Ein spannendes Spiel mit vielen Torchancen für Rüsselsheim, das jedoch unentschieden ausging. Die weiteren Spiele konnte die ich mir leider nicht persönlich anschauen. Ich musste ins Krankenhaus, um den verletzten Torhüter der RKI GG, Rafael Müller, medizinisch versorgen zu lassen. Mit vollem Enthusiasmus wurde Rafael vom Trainer der RKI GG, René Lamby, ersetzt. Auch René verletzte sich nach nur wenigen Spielminuten, so dass die Mannschaft numerisch von Spiel zu Spiel schrumpfte. „Batsch“, der Torhüter der PSt. GG war bereits mit seinem Team in der Vorrunde ausgeschieden. Er wechselte zur RKI GG und hütete mit Bravur das Tor.

Am Ende spielten die PSt. Rüsselsheim und die RKI GG um Platz drei und vier. Mit großer Leidenschaft und Siegeswillen kämpfte die PSt. Rüsselsheim gegen die von Verletzungen geplagte Mannschaft der

Torhüter der älteste Spieler. Die Spielgemeinschaft war entschlossen, dominant, sehr agil und stets souverän.

Den Fair-Play-Preis gewann die RKI GG angeführt von Jakob Friesen. Torschützenkönig wurde Adam Kaffenberger von der Spvgg DA-DI.

Der nächste Ausrichter des Turniers ist somit die RKI GG. Wir freuen uns darauf. In Zeiten wie diesen ist es schön festzustellen, dass die PD-Leitung diese Groß-Gerauer Tradition unterstützt. Also, der nächste Sieger des Groß-Gerauer Fußballturniers muss aus der PD Groß-Gerau kommen. Strengt euch an.

ap



3. Sieger RKI GG

RKI GG. In der regulären Spielzeit fiel kein Tor. Im Elfmeterschießen setzte sich die RKI GG gegen Rüsselsheim durch. Die Rüsselsheimer verschossen drei Elfmeter.

Ins Endspiel kamen die Spvgg Da-Di und das Landratsamt. Erlaubt mir an dieser Stelle eine Anmerkung: Das war letztes Mal schon so! Auch in diesem schnellen und spannenden Spiel konnte in der regulären Spielzeit keiner gewinnen. Erst im Elfmeterschießen dominierten unsere Darmstädter Kollegen gegen das junge Team des Landratsamtes. Allerdings war deren



**Gut,
dass es
sie gibt.**

**Gewerkschaft
der Polizei**